

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zuzüglich Postgebühren. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanfragen und Postwechselungen, nehmen zu. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückgang des Bezugspreises. Abhängigkeit des Bezugspreises erfolgt nur, wenn Wilsdruff beiliegend.

Einzelverkaufspreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Pf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2 gespaltene Raumzeile im letzten Teil 1 RM. Nachdruckgebühren 20 Reichspfennige. Sonstige Nachdruckgebühren werden nach Möglichkeit vermieden. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen über, wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 130 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 7. Juni 1933

Schwierigkeiten mit dem Biererpakt

Der Reid muß der französischen Politik lassen: sie versteht es ausgezeichnet, irgendeinen praktischen Vorschlag, dessen Verwirklichung zu einer tatsächlichen Befriedigung Europas oder zum mindesten zur Lösung fast unerrätlich gewordenen Spannungen etwas beisteuern könnte, so lange und so gründlich zu „zerreden“, bis ungefähr das Gegenteil des ursprünglich Gewollten dabei herauskommt. Von dem Biererpakt, den Mussolini vorschlug und der von Paris aus dann erst monatelang „in Arbeit genommen“ wurde, kann man schon heute auch wieder dasselbe sagen. Er ist jetzt zwar von dem französischen Kabinett paraphrasiert, also in bestimmter Fassung ausgearbeitet worden. Doch damit ist er noch nicht endgültig ratifiziert und — das Antlitz Europas wird sich auch dann und dadurch nicht ändern, wenn der Pakt unterzeichnet ist und seine völkerrechtliche Gültigkeit erhalten hat.

Die Franzosen sind mit seiner von ihnen erreichten völligen Umgestaltung nämlich immer wieder unzufrieden gewesen, mit größtem Erfolg haben sie ihm das Ausgebrochen, was sie und ihre Trabanten im Osten und Südosten Europas als „die Giftzähne“ bezeichnet haben, — nun wollten sie ihn außerdem noch die Weine so gründlich zerschlagen, daß er nicht einmal auf Ardenen vorwärtskäme. Wie seit Monaten üblich, waren kurz vor Pfingsten — denn der Biererpakt sollte eigentlich als „Pfingstgabe“ den Völkern beiseit werden, obwohl diese auf ein solches Geschenk verbittertermaßen kaum einen Blick verschwendet hätten — auch wieder „neue Schwierigkeiten“ entstanden, die natürlich in Paris gepflanzt und im Verein mit der kleinen Entente in Polen dort eifrig begossen wurden. Die Giftzähne, die nun dabei hervorpross, wollte nicht mehr und nicht weniger als eine Frucht produzieren, in der Deutschland wieder als besiegte und minderberechtigt festgelegt werden würde, wenn es nach dem Willen der Franzosen geht. Einmal sollte die Durchführung der uns grundsätzlich zugehörigen Gleichberechtigung nur elappenweise durchgeführt werden, weil das nicht anders möglich sei — und das soll Deutschland auch noch anerkennen und annehmen! Dazu sollte denn auch gleich noch die Verpflichtung für uns kommen, der Biererkommission unsere jeweiligen Militärprogramme „zur Genehmigung“ vorzulegen. Mit der ganzen Unversöhnlichkeit, die die französische Politik in der Frage des Biererpaktes „auszeichnet“, hatte man in Paris den anderen Völkern erklärt, diese neue Formulierung für den Artikel 3 des Paktes bereits der kleinen Entente mitgeteilt zu haben, und nun könne man doch nicht anders als . . . Das mag richtig sein, konnte aber weder in Berlin noch in Rom besonders interessieren!

Aber die Franzosen hatten auf diese Weise eine neue Verzögerung des Abschlusses erreicht und in Paris erfolglos darüber eifrige Verhandlungen mit dem englischen Geschäftsträger, während Herr Beneš, nicht bloß seit 1919 tschechoslowakischer Außenminister, sondern geistiger Führer der gesamten kleinen Entente, triumphierend bereits feststellte, daß der Vier-Mächte-Pakt, ob er nun so oder anders abgeschlossen wird, auf alle Fälle ein Messer ohne Schneide, ja ohne Klinge ist. Ein Minister seines Kabinetts, der übrigens lange in Berlin österreichischer Gesandter war, sagte es mit brutaler Genauigkeit, worauf es der kleinen Entente ankäme, nämlich auf die Verteidigung der Friedensverträge bis zum letzten Buchstaben „nicht nur um ihrer selbst willen, sondern vielmehr deshalb, weil wir in ihr den formalen Ausdruck der Neuordnung in Europa sehen, die besser und gerechter sei als die vorherige Ordnung; es handele sich für uns vielmehr um diese neuere und bessere Ordnung als um die Verträge an sich“, und daran schloß er als Schlüsselstück die unzweideutige Drohung, daß auf jede Revision dieser „Neuordnung“ nur mit einem geantwortet werden würde: mit dem Kriege.

Für diese Leute sind und bleiben die Grenzbeziehungen der Friedensdiktate unantastbar gegenüber Deutschland usw.; daß ihnen dabei vom Vier-Mächte-Pakt keine praktischen Schwierigkeiten bereitet werden, dafür hat Frankreich, das ja mit den oben entwickelten Ansichten völlig übereinstimmt, in den letzten Monaten eifrig und mit bestem Erfolg gesorgt, und nun wollte man in Paris die Erneuerung noch dadurch vervollständigen, daß man auch der ideologisch anerkannten Gleichberechtigung Deutschlands für die militärische Sorge um seine Sicherheit jeden praktischen Wert nimmt.

Es soll sich eben nichts ändern an dem gegenwärtigen politischen Zustand in Europa, der sich von einer Katastrophe um nichts unterscheidet, — aber wenn die europäische Welt, so heißt es in Paris und im Osten Europas, auch darüber zugrundegehen würde, so darf doch an den Friedensdiktaten nichts geändert werden!

Ist es gleich Wahnwitz, hat es doch Methode!

Frankreich macht sich seinen eigenen Biererpakt. Deutschland soll zustimmen.

Die Ermächtigung des französischen Kabinetts an seinen Vorgesetzten in Rom, den Biererpakt zu zeichnen, bezieht sich anscheinend auf den abgeänderten Wortlaut des Biererpaktes, wie er von Frankreich vorgeschlagen wird. Die Zustimmung irgendeiner der anderen an den Verhandlungen beteiligten Mächte zu den französischen Abänderungsvorschlägen ist bisher nicht bekannt geworden.

Der Wortlaut des abgeänderten Biererpaktvorschlages ist inzwischen in Berlin eingetroffen. Der ursprüngliche Paktvorschlag ist durch die französischen Abänderungen so stark umgestaltet worden, daß er, wie verlauscht, mit dem ursprünglichen Mussolinischen Paktvorschlag nichts mehr zu tun hat.

Der neue Vorschlag wird zur Zeit in Berlin überprüft. Ein Stellungnahme der deutschen Regierung zu diesem Wortlaut liegt bisher nicht vor.

Das Pariser Verfälschungsmanöver.

Deutschland soll um die Gleichberechtigung betrogen werden. Die französische Regierung hat bekanntlich ihren Vorgesetzten in Rom ermächtigt, dem Text des Biererpaktes, wie er jetzt vorliegt, zuzustimmen. In Rom wird hierzu das Gerücht verbreitet, daß die italienische Regierung angeblich ihre Vermittlungsbemühungen aufgeben würde, wenn Deutschland diesen Text, wie er jetzt vorliegt, nicht annehmen würde. Das heißt jedoch, wie von zuständigen Berliner Stellen bedeutet wird, die Dinge vollständig auf den Kopf stellen.

Die Lage ist vielmehr die, daß sich in der vergangenen Woche alle vier Mächte auf einen Text geeinigt hatten und daß dann, am Freitag, die französische Regierung plötzlich erklärte, daß sie diesen Text nicht annehme. Die französische Regierung hat darauf einen neuen Text ausgearbeitet, der jetzt in Berlin vorliegt. In diesem kommt die deutsche Gleichberechtigung nicht genügend zum Ausdruck. Infolgedessen erhebt sich jetzt für die deutsche Regierung die Frage, ob an der Unterzeichnung dieses jetzt vorliegenden Textes ein genügendes Interesse vorliegt oder nicht.

Diese Frage wird geprüft. Alle Behauptungen, daß die Engländer und die Italiener dem von Frankreich vorgelegten neuen Textentwurf zugestimmt hätten, sind unrichtig. Beide Länder haben im Gegenteil erklärt, sie würden zustimmen, wenn Deutschland zustimmen würde.

In Paris verfuhr man schon wieder, nach alter bewährter Methode Deutschland in der Öffentlichkeit als die Macht hinzustellen, die allein die Einigung verhindere.

„Betrieb“ statt Organisation

Wiederaufbau des Mittelstandes.

Dr. A. Hugenberg zeigt in einem Artikel im „Tag“ die Richtlinien auf, nach denen er in Verfolg einer planvoll ausbauenden Wirtschaftspolitik die durch Inflation und Kartellherrschaft zerstörte wirtschaftliche Basis des Mittelstandes wiederherstellen gedenkt. Wir bringen nachstehend einen größeren Auszug aus dem Artikel, dem programmatische Bedeutung zukommt. Dr. A. Hugenberg schreibt unter anderem:

Abgesehen von Spielereien hat es weder in der Baukunst noch in der Politik bisher ein Gebäude gegeben, dessen Errichtung nicht bei den Fundamenten begonnen hätte. So konnte ich auch nach dem 30. Januar nur mit Landwirtschaftspolitik beginnen. Vor der übrigen Wirtschaft war die Landwirtschaft. Ohne gesunde Landwirtschaft gibt es keine gesunde Wirtschaft — schon deshalb nicht, weil die Landwirtschaft den stärksten und größten Teil des Mittelstandes darstellt und ständig Kräfte an den gewerblichen und übrigen Mittelstand abgibt. Nachdem — neben anderen Maßnahmen — Fettgesetz und Entschuldungsgesetz unter Dach und Fach gebracht sind, ist nunmehr hoffentlich der Weg auch für die übrige Wirtschaftspolitik frei.

ist eine der positivsten Mächte im wirtschaftspolitischen Leben. Seine ganze Natur ist auf Bejahung und Aufbau gerichtet. Wenn der Mittelstand negativ denkt und zerstören will, so liegt darin ein Zeichen, daß er krank ist. Eine falsche Politik hat ihn krank gemacht. Großbetrieb, Konsumverein, Warenhaus — denen man keine Schranken und keine moralischen Pflichten auferlegt hatte — sind für ihn Feinde geworden.

Der Tiefstand der heutigen Kaufkraft und damit der Umsätze wird wieder überwunden werden. Der neue Umsatz soll

auf die Mühle des Mittelstandes geleitet werden. Es soll kein neues Warenhaus oder dergleichen entstehen. Die bestehenden sollen die Umsätze, bei denen sie noch bestehen können, nicht übersteuern. Das soll eine lediglich auf diesen Zweck gerichtete gestaffelte Umsatzsteuer wirksam werden. Auch alle sonstigen Handhaben des Staates sollen dafür eingeseht werden. Wir wollen keine Verknüpfung der Mammurbetriebe. Aber wir wollen nicht sinnlos vorhandene Werte entzweifeln.

Vor allem müssen die Vorbelastungen unserer Wirtschaft mit einem gewissen Glauben an Zukunft und eigene Kraft baldmöglichst abgebaut oder ausgetilgt werden. Den alten Vorzug der Billigkeit unserer Eisenbahnfrachten müssen wir wiederherstellen. Arbeitslosigkeit und Steuerlast sind zwei Dinge, die sich gegenseitig bedingen.

Der „Betrieb“ statt der „Organisation“ muß wieder in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens gerückt werden. Der deutsche Zinssfuß, der immer noch hoch über dem der übrigen industriell entwickelten Länder steht, muß auf seinen natürlichen Stand heruntergedrückt werden. Das kann man nicht kommandieren. Aber man kann

die Hindernisse wegräumen, die aus der Unrentabilität und den Bindungen der Vergangenheit hemmend in die Gegenwart hineinragen. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft hat das Reichskabinett mit aller Vorsicht und in sorgfältiger Abwägung der Wirkungen einen großen Schritt in der Schuldenfrage vorwärts getan. Selbst die Börse ist dadurch nicht erschreckt worden. Entsprechende Schritte, wenn auch in anderer Form, müssen auf dem Gebiete der übrigen Wirtschaft folgen.

Es geht auf die Dauer nicht an, daß ein viele Jahre dauernder Aufstauprozess der großen festgefrorenen Kredite, insbesondere auch der Auslandskredite, alles neu entstehende Kapital an sich saugt und festhält.

Der Leidtragende würde dabei wieder der Mittelstand sein. Für ihn würde in erster Linie die Pforte fortbauern, die sich auf dem Gebiete des gesunden flüssigen Kredites durch Inflation und Deflation unter Siedung und Schrumpfung aller dezentralisierten Kreditmöglichkeiten entwickelt hat.

Ich bin dafür, daß die Kräfte sich frei entwickeln. Aber die Kräfte eines jeden rinaß im Lande, auch die